

„Land zurück!“

Arbeiter, Abwertung, AfD

„Take back control!“ und „Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen!“ lauten Schlachtrufe einer in vielen Staaten vor sich gehenden Revolte von rechts, die der Globalisierung mit aggressivem Nationalismus begegnen will. So unterschiedlich Organisationsformen, Programmatik und Personal rechtspopulistischer Parteien auch sein mögen, weist das Sozialprofil ihrer Anhänger doch eine Gemeinsamkeit auf. Überwiegend handelt es sich um Mitte-unten-Allianzen mit deutlicher Überrepräsentanz vor allem männlicher Arbeiter.¹

KLAUS DÖRRE

1 Arbeiter – eine Geschichte sozialer Abwertung

Hintergrund der nachfolgenden Ausführungen ist eine zeitgeschichtliche Konstellation, in welcher die Wiederverkehr sozialer Klassen mit dem Ende des „Jahrhunderts der Arbeiter“ zusammenfällt (Therborn 2012). Während vertikale Ungleichheiten innerhalb der Nationalstaaten zunehmen, hat die Deindustrialisierung in den alten kapitalistischen Zentren zu einem Niedergang zwar nicht der Lohnarbeit, wohl aber der Arbeiterschaft in einem engeren Sinne geführt. Sozialstrukturell sind Industrie- und Produktionsarbeiter zu einer – quantitativ allerdings noch immer bedeutenden – Minderheiten unter den Lohnabhängigen geworden. Parteistrategen gelten sie als schwer mobilisierbare Klientel mit Tendenz zur Wahlenthaltung (Evans/Tilley 2017, S.198ff.). Gewerkschaftliche Organisationsmacht und Durchsetzungsfähigkeit der Arbeiterschaft haben ebenfalls deutlich nachgelassen.

Das Unsichtbarwerden der Arbeiterschaft, ihr Verschwinden aus gesellschaftlichen Öffentlichkeiten, gehört zum Subtext, den eine rechte Tiefengeschichte (Hochschild 2016, S.135ff.) beständig mit sich führt, die bis in die alte Bundesrepublik zurückreicht. Arbeiterinnen und Arbeiter sehen sich in der Selbstwahrnehmung ständiger gesellschaftlicher Abwertung ausgesetzt. Sie fürchten, die

Kontrolle über ihren Lebenszusammenhang zu verlieren. Kontrollverlust und Abwertung beantworten sie in Teilen, so die hier verfolgte These, mit Selbstaufwertung durch Abwertung anderer – ein sozialer Mechanismus, der zur Radikalisierung durch die populistische Rechte geradezu einlädt. Auf der Grundlage eigener empirischer Untersuchungen (Abschnitt 2) werden nachfolgend die Tiefengeschichte rechtsaffiner Arbeiter (3) und die mit ihr verbundenen Weltansichten rekonstruiert (4), um abschließend eine klassenanalytische Erklärung anzubieten (5).

2 Methodik, Sample, heuristischer Rahmen

Als Tiefengeschichte bezeichnet Arlie Hochschild alltägliche Weltansichten, die „sich für viele Menschen wie die

¹ „Take back control!“ war ein geläufiger Slogan der populistischen Rechten u. a. in der britischen Brexit-Kampagne (vgl. Richards 2016). Die Absicht, „uns unser Land und unser Volk zurückholen“ zu wollen, äußerte AfD-Chef Alexander Gauland öffentlich am Abend der Bundestagswahl vom 23.09.2017 nach dem Bekanntwerden von Prognosen, denen zufolge die AfD drittstärkste Kraft werden würde.

eigentliche Wahrheit“ anfühlen (Hochschild 2018, S. 27). Eine solche *deep story* rechter Arbeiter lässt sich auch für die Bundesrepublik rekonstruieren. Das hier genutzte empirische Material umfasst einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren. Die *Erststudie*, eine Erhebung unter jungen Gewerkschaftsmitgliedern (N = 40; Dörre 1994, 1995), fällt noch in die unmittelbare Vorwendezeit. Prägend waren Massenarbeitslosigkeit, neue soziale Bewegungen, die Etablierung der Grünen und später die deutsche Vereinigung. Schon damals verband eine Minderheit befragter Arbeiter einen rückwärtsgewandten Sozialprotest mit Sympathien für die Republikaner oder andere Parteien der radikalen Rechten. Die *Basisstudie* zu Prekarität und Rechtspopulismus (N = 100; Brinkmann et al. 2006; Dörre 2005) erfolgte nach der Jahrtausendwende, als sich die Massenarbeitslosigkeit auf ihren Höhepunkt zubewegte und die „Hartz-Reformen“ implementiert wurden. Die aktuelle *Folgestudie* zum „Gesellschaftsbild des Prekariats“² (N = 95) schließt methodisch und inhaltlich an die Basisuntersuchung an. In Industrie- und Dienstleistungsbetrieben sowie unter Erwerbslosen durchgeführt (2017–2019), fällt sie in eine Phase mit stark rückläufiger Arbeitslosigkeit, wirtschaftlicher Prosperität, noch immer verbreiteter Prekarität und vor allem ausgeprägter Einkommens- und Vermögensungleichheit (Kaelble 2017).

Von 95 Befragten sympathisieren mindestens zwölf (neun Männer, drei Frauen) offen mit Pegida, der AfD oder anderen radikal rechten Organisationen (Reichsbürger, NPD, Nazi-Skins); studienübergreifend handelt es sich um 48 Fälle. Würde man Fremdenfeindlichkeit als bestimmendes Kriterium für Rechtspopulismus definieren, läge die Fallzahl erheblich höher, denn Ressentiments gegen Ausländer und Migranten äußern auch Befragte, die sich politisch links oder in der Mitte verorten. Unterschiedliche Datensätze in eine Längsschnittbetrachtung einzubeziehen ist möglich, weil bei Methoden, Auswertungsverfahren und theoretischem Rahmen hinreichend große Übereinstimmungen bestehen. Als heuristische Folie dient allen genannten Studien das Zonenmodell von Robert Castel, das unterschiedliche Niveaus sozialer Sicherheit ausweist und eine Zuordnung der erhobenen Fälle ermöglicht.³

Zum übergreifenden theoretischen Rahmen gehört, Rechtspopulismus als Mehrebenenphänomen zu begreifen. Zu unterscheiden sind das intellektuelle Rüstzeug, wie es etwa Vordenker der „Neuen Rechten“ produzieren, die politische Programmatik und das organisierte Handeln in Bewegungs- und Parteiform sowie das Alltagsbewusstsein mit seinen Tiefengeschichten (Hall 1989). Als *populistisch* können entsprechende Ideologeme gelten, sofern sie gesellschaftlichen Problemrohstoff in einem binären Schema bearbeiten, das korrupten Eliten ein unverdorbenes, homogenes Volk gegenüberstellt, dessen Wille im Zweifelsfall mit dem der Populisten übereinstimmt (Müller 2016). Dem *Rechtspopulismus* sind solche bipolaren Schemata dann zuzuordnen, wenn sie mit kulturellen Antagonismen

operieren. Auf der ideologischen Ebene ersetzt ein – in seinen Grenzziehungen allerdings sehr variabler – Ethnopluralismus den Rassebegriff durch Kultur (etwa „abendländische“ europäische versus „islamische Kultur“). In der Diktion der „Neuen Rechten“ erklärt dieser „differentielle Rassismus“ (Taguieff 1991, S. 221; Balibar 1993, S. 143) den „Erhalt einer Vielfalt der Völker“ (Kaiser et al. 2018) zum zentralen Anliegen einer nationalen Revolution.

Auf der Ebene politischer Praxis agieren mit der AfD und ihren Vorfeldbewegungen (Pegida und Ableger) Organisationen, die von programmatischer Kohärenz allerdings weit entfernt sind. Ursprünglich nationalliberal ausgerichtet, hat in der AfD vor allem in den neuen Bundesländern ein Flügel rasch an Einfluss gewonnen, der gezielt darauf setzt, die soziale Frage – das einstige „Kronjuwel der Linken“ (Kubitschek 2018) – von rechts zu okkupieren. Durch eine ethnopluralistische Brille betrachtet lassen sich klassenspezifische Verteilungskonflikte in Auseinandersetzungen zwischen innen und außen umdeuten. Nach dieser Logik hat die „Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, oder von unten nach oben“ als „primäre soziale Frage“ ausgedient. Stattdessen werden „Altparteien-Politiker“ attackiert, welche „unsere Sozialversicherungssysteme Millionen von Menschen öffnen, die niemals in unsere Systeme eingezahlt haben“ und so „mutwillig die Grundlagen unserer gewachsenen Solidargemeinschaft“ zerstören (Höcke 2017).

Unsere Untersuchungen befassen sich aber weder mit radikal rechten Ideen noch mit organisiertem Rechtspopulismus. Im Fokus steht das Alltagsbewusstsein von Arbeiterinnen und Arbeitern. In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass der Arbeiterbegriff in der sozialwissenschaftlichen Literatur höchst unterschiedlich verwendet wird. Weit gefasste Definitionen stellen darauf ab, dass doppelt freie Lohnarbeit nur eine von vielen möglichen Formen der Kommodifizierung von Arbeitskraft darstellt; in diesem Verständnis sind dann nahezu alle abhängig Beschäftigten Arbeiter (van der Linden 2017, S. 38). Andere

2 An der Studie sind Sophie Bose, Jakob Köster und John Lütten beteiligt. Sie ist Teilprojekt im BMBF-Verbund e-labour, der vom SOFI Göttingen koordiniert wird. Zur Methodik ausführlich: Dörre et al. 2018, S. 59ff.

3 Castel (2000, S. 36f.) unterscheidet eine Zone der Integration mit geschützter Vollzeitbeschäftigung und halbwegs intakten sozialen Netzen, eine Zone der Prekarität, die sich sowohl durch unsichere Beschäftigung als auch durch erodierende soziale Netze auszeichnet, sowie eine Zone der Entkoppelung, in der sich Gruppen ohne Chance auf eine Integration in den regulierten Arbeitsmarkt und in relativer sozialer Isolation befinden. Erhebungsinstrument waren in allen Untersuchungen problemzentrierte Interviews, die mit Hilfe von Leitfäden geführt und inhaltsanalytisch ausgewertet wurden. Die Befragten waren im Fahrzeugbau, in der Elektronikbranche, der Zulieferindustrie, dem Onlinehandel, dem Bergbau, der Energieversorgung und bei Zulieferdiensten tätig.

Definitionen gewichten die Möglichkeit zu sozialer Klassenbildung höher und schlagen deshalb engere Fassungen des Arbeiterbegriffs vor (Schmidt 2015). Wir orientieren uns an einer engeren Definition. Zur Arbeiterschaft zählen wir Beschäftigte mit überwiegend mittleren Qualifikationen, die bei der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen operativ und manuell tätig sind (vgl. Evans/Tilley 2017, S. 4) oder die – wie Meister, Techniker und selbst manche Ingenieure – produktionsnah arbeiten. Nachfolgend konzentrieren wir uns auf Arbeiterinnen und Arbeiter, die ihrem Beschäftigungsstatus nach in der Zone gesicherter Integration zu verorten sind. Sofern die Analyse andere Gruppen einbezieht, wird allgemeiner von Lohnabhängigen oder abhängig Beschäftigten gesprochen.

3 Eine rechte *deep story*

Warum sympathisieren selbst gewerkschaftlich aktive Arbeiter mit einer Partei, deren Programmatik in Teilen noch immer marktradikal ist? Sicherlich war die sogenannte Flüchtlingskrise ein „populistischer Moment“ (Goodwyn 1978), der die parteipolitische Verselbständigung radikal rechter Orientierungen begünstigt hat. Sympathien junger, gewerkschaftlich organisierter Arbeiter für den Rechtspopulismus gab es aber bereits drei Jahrzehnte zuvor. Als Paradefall der *Erststudie* diente ein junger Mess- und Regelmechaniker aus der Nähe von Rosenheim (Dörre 1995, S. 295ff.), der seine Aufstiegsorientierung mit vorbehaltloser Affirmation von Leistungsprinzip, sozialer Marktwirtschaft und konsumfixierter Lebensweise verband. Ihn trieb die Angst um, das Säurebad regelloser Konkurrenz könne vertraute Lebensformen zerstören. Die biografische Erzählung enthielt bereits wesentliche Elemente jener rechten Tiefengeschichte (Hochschild 2018, S. 27), die sich in den Folgejahrzehnten ausgebreitet und verfestigt hat. Arlie Hochschild beschreibt das zentrale Motiv der *deep story*, die sie bei Tea-Party-Anhängern in den USA findet, als „Pilgerfahrt in einer langen Schlange am Fuße eines Berges“, der den „amerikanischen Traum symbolisiert“ (ebd.). In der Schlange geht es nicht vorwärts, während andere, die neu dazu kommen, an den Wartenden vorbeiziehen.

Auch die rechtsaffinen jungen Arbeiter der *Erststudie* wähten sich in einer Schlange, die am Fuße eines Berges auf Gerechtigkeit wartet. Sie hatten das Gefühl, dass sich Asylbewerber ohne legitime Ansprüche auf Anteile am Wohlstandskuchen in der Schlange vordrängelten. Doch „die Asylanten“ (Dörre 1994, S. 174) oder andere Migrantengruppen dienten nur als Sündenböcke, an denen sich ein allgemeineres Gefühl gesellschaftlicher Abwertung abarbeiten konnte. Die Befragten, ausnahmslos Männer, fühlten sich gesellschaftlich nicht angemessen wertge-

schätzt – weder in ihrem Beruf noch mit ihrem Lebensstil. Nichts verachteten sie mehr als Grüne und „eingefleischte Feministinnen“ (ebd., S. 179), denn diese attackierten das, was aus Sicht der Befragten ein gutes Leben ausmachte: den Traum von Dreier-BMW, das Eigenheim und die pragmatische Rollenteilung zwischen den Geschlechtern in einer intakten Kleinfamilie. Keiner der Befragten hatte etwas gegen „die Ausländer“; einige der jungen Arbeiter waren mit migrantischen Altersgenossen befreundet. Doch es gab eine klare Scheidelinie. Willkommen war nur, wer sich anpasste und etwas leistete. Diejenigen, die kamen, weil im Herkunftsland „zufällig“ Krieg oder wirtschaftliche Not herrschten, sollten Deutschland fernbleiben.

Mit Nation assoziierten die Befragten eine Gemeinschaft der Produktiven, Nützlichen, Leistungswilligen, die es vor äußeren Bedrohungen zu bewahren galt. Interessengegensätze im Inneren relativierten dieses Bild. Gewerkschaftliche Solidarität hielten die rechtsaffinen Arbeiter dann für nötig, wenn das Prinzip gemeinschaftlicher Interessenoptimierung verletzt wurde. Sie folgten dabei einem klar erkennbaren Nutzen-Kosten-Kalkül. Ihre Solidarität war eine exklusive und deshalb mit Haltungen vereinbar, die Wohlstandssicherung mittels Ausgrenzung Fremder erreichen wollte. Keiner der Befragten positionierte sich eindeutig rechts. „Man könnte mich in etwa so einschätzen, dass ich leicht rechts, leicht links orientiert bin“, teilte der Rosenheimer Mechaniker im Interview mit (ebd., S. 181).

Auffällig ist, dass sich das Gesellschaftsbild der rechtsaffinen jungen Arbeiter kaum von demjenigen sozialdemokratisch orientierter Altersgenossen unterschied. Man fühlte sich ungerecht behandelt und übte deshalb Kritik am „System“ (ebd., S. 180f.). Im Grunde sehnte man sich jedoch nach einer Republik zurück, in der Arbeiter respektiert waren und Leistung gerecht vergütet wurde (vgl. den Beitrag von Menz/Nies in diesem Heft). Mit Globalisierung, deutscher Vereinigung und der Agenda-Politik der Regierung Schröder bekam die rechte *deep story* beständig neuen Problemrohstoff zugeführt. Allen, die sich in der Warteschlange anstellen mussten, wurden zusätzliche Opfer abverlangt. Lohnabhängige aus den neuen Ländern, die den Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft miterlebten, reihten sich neu ein, um geduldig darauf zu warten, dass sich die versprochene Angleichung an das Westniveau einstellen würde. Die europäische Finanz- und die Flüchtlingskrise verliehen der Tiefengeschichte eine neue Wendung. Nachdem jahrzehntelang Verzicht verlangt worden war, schien im Zuge des Krisenmanagements plötzlich Geld im Überfluss vorhanden – zunächst zur Rettung maroder Banken und kriselnder Staatsfinanzen an der europäischen Peripherie, dann für mehr als eine Million Geflüchteter, die 2015 deutsches Staatsgebiet erreichten.

Seither ist das Schlangestehen aus der Sicht nicht nur rechtsaffiner Arbeiterinnen und Arbeiter sinnlos gewor-

den – auch weil sich die wirtschaftliche Gesamtlage deutlich verbessert hat und deshalb gerade im Osten besonders bei jüngeren Arbeitern ein Ende der Bescheidenheit zu beobachten ist (Dörre et al. 2017). Vom wirtschaftlichen Boom kommt bei vielen, die lange auf Gerechtigkeit gewartet haben, wenig an. Flüchtlingen wird hingegen in der Wahrnehmung rechter Arbeiter „alles“ gegeben. Die Fremden dürfen sich, so das Empfinden, in der Reihe der Anspruchsberechtigten vordrängeln, obwohl sie selbst keinen Beitrag zu den Sozialsystemen geleistet haben. Nicht nur im Osten, auch in Niederbayern, dem Ruhrgebiet und selbst in prosperierenden Gegenden wie der Region um Ingolstadt betrachten Teile der Arbeiterschaft das als zusätzliche Abwertung des eigenen, hart erarbeiteten Status (siehe die Beiträge von Sauer/Dejé und Brinkmann et al. in diesem Heft). Ähnlich wie die Familien im *deep south* der USA, die Arlie Hochschild beforscht hat, fühlen sich rechtsaffine Arbeiter als „Fremde im eigenen Land“ (Hochschild 2016). Staat und Politik können ihnen den Traum vom guten Leben nicht mehr garantieren, die Kontrolle über den eigenen Lebenszusammenhang scheint verloren. Selbstaufwertung mittels Abwertung anderer ist nicht die einzig mögliche, wohl aber eine subjektiv nahe liegende Reaktion.

4 Weltsichten rechtsaffiner Arbeiter

Rechtspopulistische Orientierungen unter gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen besitzen, so können wir festhalten, eine lange Vorgeschichte (Bibouche et al. 2009). Neu sind indes die parteipolitische Verselbständigung, Ausbreitung und Radikalisierung dieser Orientierungen. Für die damit verbundenen Weltsichten sind Denkformen⁴ zentral, die subjektive Brücken zum organisierten Rechtspopulismus bilden. Zwei dieser Schemata – *Ausschließender Nationalismus* und *Abgewertete Ostdeutsche* – seien exemplarisch vorgestellt.

4.1 Ausschließender Nationalismus

Das Deutungsschema *Ausschließender Nationalismus* thematisiert Verteilungsgerechtigkeit. Es enthält drei zentrale Motive.

(1) *Dichotomie mit Zusatz*: Grundlegend ist die Erfahrung, in einer prosperierenden Gesellschaft festzustecken. Arbeiterinnen und Arbeiter erleben den Rückgang der Arbeitslosigkeit und glauben dennoch nicht daran, dass sich das eigene Leben grundlegend bessern wird. Dem entspricht ein Gesellschaftsbild, das strikt zwischen oben und unten unterscheidet. Arbeiter zu sein bedeutet, mit einem festen Job und einem sicheren Einkommen nahezu alles

erreicht zu haben, was zu erreichen ist. Mehr geht nicht. Arbeiter ist aber kein Status, auf den man stolz sein könnte, denn wer kann, studiert oder geht ins Büro. Weil man den eigenen sozialen Status als abgewertet empfindet, rechnet man sich, gewissermaßen in Verkennung der strukturellen Klassenposition, gerne der „mittleren Mittelschicht“ zu. Mit dieser Selbstverortung wechselt das dichotomische Weltbild seinen Bezugsrahmen. Der Arbeiterschaft anzugehören zählt gesellschaftlich nur, wenn damit der Zugang zu einer Normalität ermöglicht wird, die allein von der sozialen Mitte repräsentiert wird. „Mittlere Mitte“ heißt: Nach oben geht nicht mehr viel, ein Absturz ist hingegen immer möglich, denn in sozialer Nachbarschaft zum Arbeiterdasein lauern Ausgrenzung und Prekarität. Obwohl der eigenen Wahrnehmung nach ungerecht behandelt, ist man deshalb nicht „ganz unten“, hat etwas zu verlieren und kennt in betrieblicher Nachbarschaft andere, wirklich Ausgebeutete wie etwa osteuropäische Leiharbeiter, denen es deutlich schlechter geht.

(2) *Nationalistischer Kausalmechanismus*: Das dichotomische Grundmuster, auf das wir unabhängig von der politischen Orientierung treffen, zeugt von einem Verteilungskonflikt, der in Zeiten allgemeiner wirtschaftlicher Prosperität in den unteren Etagen der Zone gesicherter Integration besonders scharf wahrgenommen wird. Nehmen wir als Beispiel eine ostdeutsche Arbeiterfamilie aus dem ländlichen Raum. Mann und Frau arbeiten 40 Stunden Vollzeit für einen Brutto-Monatslohn von je 1700 €. Nach Abzug aller Fixkosten verbleiben dem Haushalt mit zwei Kindern 1000 € netto, von denen Kleidung, Nahrungsmittel usw. bezahlt werden müssen. Deshalb wird jede größere Anschaffung, jede Reparatur am Auto zum Problem. Urlaub ist kaum möglich, und selbst für den Restaurantbesuch am Wochenende reicht das Geld in der Regel nicht. Wer ein solches Knappheitsregime zu bewältigen hat, fühlt sich unverschuldet anormal: „Jeder deutsche Bürger hat [...] um die 3000 € Durchschnittsgehalt, brutto. Dann frage ich mich jetzt, was bin ich dann? Bin ich kein Deutscher? Bin ich irgendwas? Ich meine, ich habe brutto 1700. Was will ich damit? Damit kann ich nicht leben“ (Betriebsrat mit Sympathie für die äußerste Rechte). Das Deutschtum wird hier zur Chiffre eines Anspruchs auf Gleichwertigkeit, der Nichtdeutsche ausschließt. Arbeiter, die so argumentieren, fühlen sich keineswegs abgehängt. Aber sie sind unzufrieden. Auffällig ist, dass gewerkschaftliches Engagement für mehr Einkommensgerechtigkeit und Plädoyers zugunsten von Flüchtlingsabwehr und Ausgrenzung nicht als Widerspruch, sondern als unterschiedliche Achsen ein und desselben Verteilungskonflikts begriffen werden.

4 Denkform bezeichnet typische alltägliche, gesellschaftlich wie politisch vor- und mitproduzierte Schemata, die eine fallübergreifende Relevanz besitzen.

Das Empfinden, sozial abgewertet zu sein, bezieht sich auf den gesamten Lebenszusammenhang – die strukturschwache Region; ein Quartier, das man möglichst meidet; hohe Mieten in der Stadt; bröckelnde soziale Infrastruktur und Mobilitätsbarrieren auf dem Lande. Es findet sich auch bei Arbeiterinnen und Arbeitern, die – etwa im Bergbau und der Energieversorgung – überdurchschnittlich gut verdienen. Mit Berufs- und Produzentenstolz ausgestattet, erleben diese Befragten die öffentliche Kritik an ihren „schmutzigen Jobs“ als besonders brutale Entwertung ihrer Tätigkeit und des beruflichen Status. Ihr Unternehmen zahlt die höchsten Löhne in der Region, bietet die besten tariflichen Arbeitsbedingungen, ermöglicht beruflichen Aufstieg einschließlich vorbildlicher Aus- und Weiterbildung. Zudem ist es der wichtigste Sponsor des Vereinslebens und damit Garant sozialen Zusammenhalts. „Mir geht es gut, ich habe alles, was ich brauche“, ist ein Satz, der in den Interviews oft zu hören ist. Das (an ökologischen Kriterien gemessen: eher späte) Aus für den Braunkohleabbau stellt den gewählten Lebensstil absehbar in Frage. Die Arbeiter glauben zu wissen, dass sie annähernd vergleichbare Löhne und Arbeitsbedingungen in der Region nicht mehr finden werden. Ihre Sorge gilt häufig weniger der eigenen Person als der Zukunft der nachwachsenden Generation.

Als Gewerkschafter wissen viele Befragten zudem um die wachsende Einkommens- und Vermögensungleichheit im Land. Deshalb ist es für sie subjektiv kein Widerspruch, mit dem eigenen Leben, dem eigenen Verdienst zufrieden zu sein, um dennoch festzustellen: „Die, die was zu sagen haben, das sind die mit Macht oder Geld“, und die können ihre „[Entscheidungen] anderen einfach überstülpen“ (Betriebsrat). „Eigentlich müsste ich AfD wählen“, lautet eine angedeutete Konsequenz, und es ist vor allem gewerkschaftliche Disziplin, die manche davon abhält, sie tatsächlich zu vollziehen.

Selbst Objekt von Abwertung, neigen diejenigen Arbeiter, die sich bereits offen zur populistischen Rechten bekennen, zu einer Politik mit den Grenzen, deren Radikalität überrascht. So erklärt ein Betriebsrat unumwunden: „Flüchtlinge müssten [...] raus. Wer hier jetzt herkommt, arbeitet, sich integriert, wer sich einordnet, unterordnet, kein Thema. Da habe ich ja nichts dagegen. Aber die, die nur hierherkommen und die Hand aufhalten und sich benehmen wie das Letzte und denken, die können sich alles erlauben, raus.“ (Betriebsrat mit Sympathie für die äußerste Rechte)

(3) *Umdefinition von Sicherheit und Gewaltoption*: In ähnlichen Statements artikuliert sich der gleiche soziale Mechanismus, der bereits 30 Jahre zuvor bei jungen Gewerkschaftern wirkte. Niemals geht es um Ausländer als solche. Stets ist es ein bestimmter, für nicht integrierbar befundener „Kulturkreis“, dessen unberechtigte Ansprüche abzuwehren sind. Für diesen „Kulturkreis“, der vornehmlich der afrikanisch-arabisch-islamischen Welt

zugerechnet wird, sind angeblich Regellosigkeit und Anarchie charakteristisch. Indem sie unzivilisierte Unholde konstruieren, die ihre Triebe nicht im Griff haben, präsentieren sich befragte Arbeiter als starke deutsche Männer, die „unsere Frauen beschützen“ wollen. Migranten aus für problematisch befundenen „Kulturkreisen“ werden hingegen gefährlichen Klassen zugerechnet, von denen sich normale Bürger abzugrenzen haben. Die Beschwörung eines migrantisch gefärbten Unten leistet, was Robert Castel (2005, S. 7) mit seinem Hinweis auf zwei grundlegende Sicherungssysteme, den Wohlfahrts- und den Rechtsstaat, als Möglichkeit bereits angedeutet hatte. Über die Diabolisierung der Unterklassen verschiebt sich der gesellschaftliche Sicherheitsdiskurs. Verbreitete Sorgen um soziale Sicherheit, die durchaus auch auf real Erlebtem beruhen können, schlagen in ein Bedürfnis nach Schutz vor der Bedrohung durch „unzivilisierte Eindringlinge“ um. Dabei ist es gar nicht von Bedeutung, dass Repräsentanten der vermeintlich „minderwertigen Kulturen“ vor Ort häufig kleine Minderheiten sind. Die Bewegung habe „schon auch dazu geführt, dass viele den Weg hierher meiden“, erklärt ein gewerkschaftlich aktiver Betriebsrat „Erfolge“ von Pegida im Interview.

Neu ist nicht das Grundmuster der Argumentation, sondern die Offenheit und Radikalität, mit der es geäußert wird. Alle im Rahmen der *Folgestudie* Befragten, die mit Pegida und der AfD sympathisieren, weisen eine erstaunliche Nähe zur Gewalt auf. Ohne Relativierung möchte sich niemand von Gewalttaten gegen Flüchtlinge und deren Unterkünfte distanzieren. Als wichtigste Legitimation dient ein Notwehrargument: „Gewalt erzeugt auch Gegengewalt, also es passieren sehr viele Zwischenfälle mit Ausländern. Das wird kleingeredet. Das interessiert keinen. Und ich meine, wenn meiner Familie jetzt was passieren würde mit so einem Ausländer, ich würde dann auch im Prinzip Gewalt anwenden. Man muss sich doch wehren. Man kann sich doch nicht nur ducken und die Backen hinhalten“ (Arbeiter, aktiver Gewerkschafter).

Schon bei rechtsaffinen Befragten der *Erstudie* fiel die Emotionslosigkeit auf, mit der sie Krieg und politische Unterdrückung als Fluchtursachen abqualifizierten. Auch waren Erfahrungen, in denen sich Gewalt subjektiv als effizienter Problemlöser im Alltag erwies, reichlich vorhanden. Doch einen Brandanschlag auf eine Unterkunft von Asylsuchenden hätte damals keiner der Gewerkschafter gerechtfertigt. Dass dies nun anders ist, zeugt nicht nur von einer Radikalisierung der rechten *deep story*, sondern auch davon, dass sie in manchen Regionen und Betrieben zu einer hegemonialen Weltsicht geworden ist.⁵

5 Weil sich die Grenzen zu gewaltsamer Systemüberwindung verwischen, plädiert Wilhelm Heitmeyer (2018) dafür, anstelle von Rechtspopulismus von einem autoritären Nationalradikalismus zu sprechen.

4.2 Abgewertete Ostdeutsche

Dies ist nicht ausschließlich, aber vor allem in den von uns untersuchten ostdeutschen Regionen der Fall. Befragte mit Wendeerfahrung sehen sich zu erheblichen Teilen nicht nur materiell benachteiligt, sondern vor allem kulturell stigmatisiert. So heterogen die sozialen Positionen befragter Personen aus den neuen Ländern ansonsten auch sein mögen – Abwertungserfahrungen machen all jene, die sie teilen, tendenziell gleich. Für das entsprechende Deutungsschema sind wiederum drei Motive zentral.

(1) *Doppelte Standards*: Nicht nur ostdeutsche Arbeiter empfinden sich als Objekte doppelter Bewertungsstandards. Damit verbundene Spaltungen machen sich unterschiedlich auch bei Gewerkschaftsmitgliedern bemerkbar. In ihrem Selbstverständnis sind viele Befragte mit DDR- oder Nachwendesozialisation Meister der Improvisation: „Der Ossi weiß zu überleben. Einer aus dem Westen drüben, der würde für das Geld nicht einmal aufstehen“ (rechtsaffiner Betriebsrat). Im Unterschied zu den „Wessis“ seien die ehemaligen DDR-Bürger „Kämpfer“ und gewohnt, kein Blatt vor den Mund zu nehmen: „Ich sage mal, ein Wessi, der würde sang- und klanglos untergehen, wenn irgendwas ist. Aber durch die Diktatur [...] ist der Ossi hart geworden. Das ist meine Meinung. Den kriegst du nicht so schnell klein“. Unter Ostdeutschen gebe es „mehr Zusammenhalt“ (Gewerkschafter, Protestwähler AfD). Auch hätten sie schon einmal bewiesen, zu einer demokratischen Revolution fähig zu sein.

Aus der Gegenperspektive stellt sich das völlig anders dar. Gewerkschafter mit Westsozialisation betrachten die Mitglieder aus dem Osten, denen sie sich ansonsten durchaus solidarisch verbunden fühlen, oftmals als autoritär geprägte Persönlichkeiten. Ein Gewerkschaftssekretär spricht gar von einem „Erziehungsauftrag“, den er gegenüber den Mitgliedern aus dem Osten wahrzunehmen habe. Diejenigen, die erzogen werden sollen, halten das wahrscheinlich für eine pädagogisierende Anmaßung, die mit doppelten Bewertungsstandards arbeitet. Dass mit ungleichen Maßstäben gemessen wird, ist eine Wahrnehmung, die zumindest einen Teil der Ostdeutschen ungeachtet sonstiger sozialer Unterschiede noch immer in einer kollektiven Schicksalsgemeinschaft verbindet. Gleich wo man sich sozial verortet, bei Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen, vor allem aber bei Anerkennung und Wertschätzung ist man noch immer nicht auf dem versprochenen Westniveau angelangt.

(2) *Gemeinschaftsverlust*: Besonders schwer wiegt in diesem Zusammenhang der Verlust intakter Gemeinschaften. Das binäre rechte Weltbild kennt nur Volk und System, Gesellschaft kommt in ihm nicht vor. „System“ fungiert wahlweise als Sammelbezeichnung für die Finanzwirtschaft, die Europäische Union, den Euro, die Eliten oder das Kapital, aber auch für „abgehobene Gewerkschafts-

bonzen“ (Gewerkschaftssekretär, IGM). Die Gewerkschaften würden ihren Ruf nicht los, „Teil des Establishments“ und „Co-Manager in Wirtschaftswunderjahren“ zu sein. Geschichten wie die „über VW-Betriebsräte und Prostituierte in Brasilien“ tauchten immer wieder auf. Hinzu komme, dass Gewerkschaften früher „Bestandteil der politischen Ordnung“ in der DDR gewesen seien. Ein Bewusstsein struktureller Interessengegensätze bestehe in den Belegschaften nicht. Auch wirkten Niederlagen wie jene beim Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche noch immer nach, erläutern befragte Gewerkschaftssekretäre. Rechte Arbeiter bestätigen diese Einschätzung. Unter „System“ verstehen sie eine Ansammlung negativer Mächte, die auf seltsame Weise mit der menschlichen Neigung verquickt sind, egoistisch nach Geld und Macht zu streben. Gut wäre es demnach, wenn den Egoisten Grenzen gesetzt würden. Gelänge das, könnte sich der Volkswille optimal entfalten.

Im Unterschied zum System wird das Volk als kulturell begründete, nach Harmonie strebende Gemeinschaft konstruiert. Eine solche Gemeinschaft hat, wie ein Teil der Befragten nur von den Eltern weiß, angeblich in der DDR existiert. Selbstverständlich möchte niemand den staatsbürokratischen Sozialismus zurück. Aber eine Volksgemeinschaft, die nicht von Egoisten, Vorteilsstreben und Ellenbogenmentalität geprägt ist, steht an oberster Stelle individueller Wunschlisten: „Ich kenne ja die DDR selber nicht mehr persönlich. Aber wenn man so die Eltern reden hört, der Zusammenhalt war mehr da. Es ging mehr ums Persönliche, ums Menschliche, und nicht um: wie kann ich am besten noch mehr Geld oder irgendwas bekommen, damit ich dies und das mir leisten kann“ (Gewerkschafter mit Sympathie für die äußerste Rechte). Die Nation fungiert in der rechtsaffinen Weltsicht als über allen Egoisten stehende Gemeinschaft der Tugendhaften. Sie ist Garantin des Menschlichen. Benachteiligte Ostdeutsche sind diejenigen, denen demnach innerhalb der nationalen Gemeinschaft vor allen anderen Gruppen Gerechtigkeit zu widerfahren hat.

(3) *Direkte Demokratie gegen Kontrollverlust*: Migranten und Geflüchtete, so die Behauptung, belasten die nationale Gemeinschaft zusätzlich. Deshalb werden Flucht- und Migranten zu einem Synonym für Kontrollverlust. Ungefragt sieht man sich einer Zuwanderung ausgesetzt, die als nicht beherrschbar erscheint. Deshalb möchte man das eigene gute Leben vor Fremden schützen und lehnt „Masseneinwanderung“ ab. Hinter den negativen Klassifikationen, mit denen Fremde abgewertet werden, verbergen sich jedoch häufig Erfahrungen ganz anderer Art. Das Deutungsschema *Abgewertete Ostdeutsche* verbindet sich mit Ohnmachtserlebnissen in Betrieb (siehe auch Sauer/Deje in diesem Heft) und Arbeitswelt: „Du bist sozusagen in einer ständigen Drucksituation, du hast immer irgendjemanden, der dir sagt, so hat das jetzt zu funktionieren. Und gesellschaftlich läuft es halt genauso. Irgendeiner er-

klärt dir eben [...], du wirst zum Denken nicht bezahlt, das ist jetzt erst mal meine Aufgabe und du hältst hier die Presse und machst“ (Gewerkschaftssekretär).

Weil „das Establishment“ versäumt, nationale Aufgaben mit Priorität anzugehen, und weil die Gewerkschaften trotz Hochkonjunktur unfähig sind, den Ohnmachtsschmerz ständiger Abwertungserfahrungen zu durchbrechen, wird die AfD zum legitimen Adressaten aufkeimender Wut: „Ich wähle die nur als Protest, damit sich in den Köpfen von den großen Parteien irgendwo mal was ändert [...]. Die Partei selber, wenn die irgendwo was zu sagen hätte, ob die was ändern könnte, ich bezweifle das“, begründet ein aktiver Gewerkschafter seine positive Haltung zur AfD.

Da sie sich mit ihrer Haltung in der Mehrheit wähnen, positionieren sich rechtsaffine Befragte als Anwälte direkter Demokratie: „Na, für mich wäre erstmal eine gute Demokratie, wenn wir eine Volksabstimmung hätten, dort müsste man anfangen“ (Gewerkschafter, Protestwähler AfD). Eine Demokratie nach Schweizer Vorbild können sich rechtsaffine Arbeiter gut vorstellen. Allerdings reduzieren sie demokratisches Regieren auf das Mehrheitsprinzip, Menschenrechte spielen keine Rolle. Das Volk soll unmittelbar herrschen und dem Volkswillen auf direktem Weg zum Durchbruch verhelfen. Volk ist in diesem Denken identisch mit gesundem Menschenverstand. Kann sich die populäre Vernunft unverfälscht äußern, steht für die Befragten fest, dass sich die „richtigen“ Auffassungen schon durchsetzen werden. Härtere Strafen für Mörder und Vergewaltiger oder die sofortige Ausweisung migrantischer Straftäter wären dann eine Selbstverständlichkeit. Dieses Demokratieverständnis ist rebellisch und konformistisch zugleich. Es attackiert die nationalen Eliten nur, um von ihnen eine starke Führung einzufordern, die den Kontrollverlust über das eigene Leben sofort und gründlich *rückgängig* macht.

5 Schlussfolgerungen: eine verzerrte Klassenproblematik

Wie ist zu erklären, dass sich die rechte *deep story* ausbreiten, verfestigen und radikalieren konnte? Arlie Hochschild führt den Trumpismus auf die Verdrängung einer Klassenproblematik zurück: „Während Gender und ‚race‘ lange Zeit sehr bedeutsam waren, steht mittlerweile die Klassenfrage wieder auf der Tagesordnung“ (Hochschild 2018, S.26). Unabhängig von der Schwierigkeit, diese Einschätzung auf deutsche Verhältnisse zu übertragen, können wir ihr nur teilweise folgen. Abschließend seien deshalb fünf Überlegungen zur Erklärung des Arbeiterpopulismus zur Diskussion gestellt.

(1) Tatsächlich spricht einiges dafür, dass es sich bei rechtspopulistischen Orientierungen in der Arbeiterschaft um den verzerrten Ausdruck einer Klassenproblematik handelt. Das Deutungsschema *Ausschließender Nationalismus* thematisiert ungerechte Verteilung ebenso wie Missachtung und fehlende Wertschätzung. Für das Deutungsschema *Abgewertete Ostdeutsche* gilt Ähnliches. Ostdeutsche Befragte halten sich mit ihren Lebensformen und regionalen Bindungen für kulturell abgewertet; fortbestehende Unterschiede bei Löhnen und Arbeitsbedingungen unterstützen dieses Empfinden. Beide Denkformen besitzen somit sowohl eine sozioökonomische als auch eine kulturelle Dimension. Angesichts der Vielschichtigkeit empirisch vorfindbarer Motive lässt sich das ausschließende „Oder“, welches die Debatten um die subjektiven Triebkräfte des Rechtspopulismus beherrscht, für die von uns Befragten nicht aufrechterhalten. Kulturelle Abwertung wurzelt in sozioökonomischen Verhältnissen, und Unzufriedenheit mit ungerechter Verteilung kann sich in kultureller Distinktion entladen. Aus beiden Erfahrungsdimensionen speist sich das Gefühl des Kontrollverlusts, verbunden mit der Furcht, wenn nicht schon jetzt, so eines nicht allzu fernen Tages „Fremde im eigenen Land“ zu sein.

(2) Auf eine verdrängte Klassenproblematik wird nur stoßen, wer die soziale Frage nicht mit Armut, Arbeitslosigkeit oder Prekarität gleichsetzt oder Ungleichheit mittels Verschiebung in die soziale Mitte unsichtbar macht (vgl. den Beitrag von Kronauer in diesem Heft). Für die rechtsaffinen Arbeiterinnen und Arbeiter ist nicht alles schlechter geworden. Teilweise verdienen sie gut und sind mit ihrer Arbeit und ihrem Leben zufrieden. Insgesamt treffen wir innerhalb der Arbeiterschaft auf unterschiedliche Lagen und soziale Fragen. Während viele Unzufriedenheit mit niedrigen Löhnen und belastenden Arbeitsbedingungen bekunden, fürchten andere, den erreichten Status und das durch ihn ermöglichte „gute Leben“ in Zukunft zu verlieren. Zur Klassenerfahrung von Arbeiterinnen und Arbeitern gehören nicht nur Zukunftsängste, materielle Benachteiligung und vorenthaltene Anerkennung. Auch das Anspruchsniveau hat sich geändert. Mit sinkender Arbeitslosigkeit und Fachkräfteengpässen lässt der disziplinierende Druck prekärer Arbeitsverhältnisse allmählich nach. Einkommens- und Vermögensunterschiede, welche die reiche Bundesrepublik in eine der am stärksten ungleichen Gesellschaften der OECD-Welt verwandelt haben (Kaelble 2017, S.176), machen sich subjektiv dafür umso heftiger bemerkbar. Es muss eben nicht ständig alles immer schlechter werden, um in der Arbeiterschaft Unzufriedenheit mit dem Bestehenden hervorzubringen.

(3) Die Marginalisierung der Arbeiterschaft in den politischen Öffentlichkeiten trägt dazu bei, dass Unzufriedenheit ihren Ausdruck bei der radikalen Rechten findet. Grundlegend ist die Erfahrung, trotz guter Konjunktur und teilweise hart geführten betrieblichen wie tariflichen

Konflikten an der sozialen Schieflage und dem empfundenen Kontrollverlust letztlich wenig ändern zu können. Wir bezeichnen dies als Tendenz zu einer demobilisierten Klassengesellschaft. In ihr wird beständig und mitunter heftig gekämpft. Den beherrschten Klassen und insbesondere der Arbeiterschaft mangelt es jedoch mehrheitlich an einem Bewusstsein für Kausalmechanismen, mit deren Hilfe sich beklagtes Unrecht seinen strukturellen gesellschaftlichen Ursachen zurechnen ließe. Dazu trägt bei, dass die eigentlichen Kontrahenten – Topmanagement, Aktionäre, Finanzinvestoren etc. – oft weit entfernt vom betrieblichen Geschehen agieren. Unzufriedenheit und alltägliche Systemkritik der Arbeiter bleiben, auch wegen der „Entproletarisierung“ der Mitte-Links-Parteien, politisch heimatlos. Aus diesem Grund können ausschließen der Nationalismus, Verschwörungstheorien und Sündenbockideologien das Alltagsbewusstsein eines erheblichen Teils der Arbeiterschaft strukturieren.

(4) In Klassengesellschaften ohne mobilisierbares Klassenbewusstsein, das erfahrene Ungerechtigkeit in kollektive Aktivität für soziale Verbesserungen übersetzen könnte, wirken Klassenverhältnisse im Modus der Konkurrenz – infolge einer permanenten Scheidung von Gewinnern und Verlierern sowie mittels distinguierender Auf- und Abwertungen (Eribon 2016, S.122). Klassen entstehen dann wesentlich aufgrund negativer Klassifikationen. Sie werden zu Wettbewerbsklassen, die sich quer zu sozioökonomischen Klassenstrukturen bilden können. Arbeiter sind in diesen Klassifikationskämpfen häufig sowohl Opfer als auch Täter. Selbst Objekt negativer Klassifikationen, neigen sie in Teilen dazu, ihre alltäglichen Kämpfe um Stuserhalt oder Statusverbesserung bevorzugt mit dem Mittel des Ressentiments auszutragen. Viele Ostdeutsche, die sich benachteiligt sehen, betätigen einen vergleichbaren Mechanismus. Sie formieren sich – gewissermaßen zusätzlich zu und abweichend von ihrer eigentlichen sozialstrukturellen Positionierung – als Angehörige einer Wettbewerbsklasse, die aus Abwertungserfahrungen hervorgeht und sich im politischen System nicht angemessen repräsentiert sieht. Die populistische Rechte macht sich das zunutze, indem sie mit einem ausgrenzenden „Deutsche (Arbeiter) zuerst“ die fiktive Aufwertung abgewerteter Großgruppen betreibt.

(5) Diesem ausgrenzenden Nationalismus lässt sich erfolgreich nur begegnen, wenn Abwertungsmechanismen destruiert und die strukturellen Ursachen für „grobe“ Klassenunterschiede zwischen Arm und Reich politisch wieder offensiv benannt werden. Das darf jedoch nicht geschehen – hier unterscheiden wir uns von Arlie Hochschild –, indem Klassenpolitik mit einer Abkehr von identitätspolitischen Themen (sexuelle Orientierungen, Gleichstellung der Geschlechter, Antirassismus) gleichgesetzt wird. Arbeiter sind nur eine Klasse (bzw. Klassenfraktion) unter diversen anderen Lohnarbeitsklassen. Die-

se Klasse (bzw. Fraktion) weist einen überdurchschnittlich hohen Migrantenanteil auf. In ihrer Mehrzahl wählt sie nicht die radikale Rechte. Über ihre soziale Lage, ihre Lebensformen und politischen Orientierungen ist, mangels einschlägiger Forschung, vergleichsweise wenig bekannt. Eines legen unsere empirischen Befunde aber nahe: Statt, wie im öffentlichen Diskurs derzeit üblich, wertebasierten Zusammenhalt überzubetonen, muss darum gerungen werden, Abwertungserfahrungen und Kontrollverlust entgegenzuwirken, indem Streit, Konflikt und regulierter Klassenkampf als Formen demokratischer Vergesellschaftung wieder positiv besetzt werden. Es geht um veränderte Zuschreibungen der Ursachen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit, um gesellschaftliche Aufwertung (nicht nur) von Arbeitern mittels der demokratischen Austragung von Klassenkonflikten.

Ein Klassenbegriff, der es vermeidet, Verteilungs- und Anerkennungskämpfe gegeneinander auszuspielen, kann dabei hilfreich sein. Klasseninteressen, so Karl Polanyi (1995 [1944]), seien immer auf eine gesellschaftliche „Gesamtsituation bezogen“ (S. 210), „vor allem auf Geltung und Rang, auf Status und Sicherheit“ gerichtet (S. 212) und rein ökonomische Sachverhalte deshalb für das Klassenverhalten weit weniger relevant „als Fragen gesellschaftlicher Anerkennung“ (ebd.).

Über die genaue Gewichtung von Anerkennung und Verteilung lässt sich streiten. Die widersprüchliche Mehrdimensionalität von Klasseninteressen in praktische Politik zu übersetzen, um so Fiktionen einer homogenen Volksgemeinschaft zu zerstören, ist eine Aufgabe, die einen langen Atem erfordert. Diese Aufgabe kann den Gewerkschaften niemand abnehmen. Rassistische Ausgrenzung oder gar Gewaltoptionen können Gewerkschaften nicht unwidersprochen dulden. Keinesfalls dürfen sie übersehen, dass sich radikal rechte Orientierungen auch in ihren eigenen Reihen verfestigt haben. Anpassung an solche Orientierungen wäre fatal, weil das den antifaschistischen Grundkonsens unterminieren würde, auf dem die Einheitsgewerkschaft gegründet ist.

Gefährlich wäre es aber auch, Arbeiter, die ihren Protest gegen Ungleichheit und Kontrollverlust an die AfD delegieren, pauschal als Rassisten abzustempeln. Wie Hochschild richtig anmerkt, ist es genau diese herablassende Arroganz, mit der ohnehin abgewertete Arbeiter zur Weißglut getrieben werden (Hochschild 2017). Es genügt eben nicht, Rassismus und Rechtspopulismus nur zu beklagen. Rechtspopulistische Orientierungen müssen bei ihren eigenen Widersprüchen gepackt und von innen zersetzt werden (Balibar 1990, S. 25). Das ist letztlich nur möglich, wenn glaubwürdig an der Veränderung jener Verhältnisse gearbeitet wird, die Warteschlangen am Berg der Gerechtigkeit überhaupt erst hervorbringen. Die Gewerkschaften entscheiden mit darüber, ob und in welchem Maße das gelingt. ■

LITERATUR

- Balibar, É.** (1990): Gibt es einen ‚Neo-Rassismus‘?, in: Balibar, E./ Wallerstein, I. (Hrsg.): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten, Hamburg, S. 247–260
- Balibar, É.** (1993): Die Grenzen der Demokratie, Hamburg
- Bibouche, S./ Held, J./ Merkle, G.** (2009): Rechtspopulismus in der Arbeitswelt. Eine Analyse neuerer Studien: Hans-Böckler-Stiftung, Arbeit und Soziales, edition 238, Düsseldorf
- Brinkmann, U./ Dörre, K./ Röbenack, S./ Kraemer, K./ Speidel, F.** (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Castel, R.** (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz
- Castel, R.** (2005): Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg
- Dörre, K.** (1994): Sehnsucht nach der alten Republik? Von den Schwierigkeiten einer gewerkschaftlichen Politik gegen Rechtsextremismus, in: Heitmeyer, W. (Hrsg.): Das Gewalt-Dilemma, Frankfurt a. M., S. 166–194
- Dörre, K.** (1995): Junge GewerkschafterInnen: Vom Klassenindividuum zum Aktivbürger?, Münster
- Dörre, K.** (2005): Prekarität – Eine arbeitspolitische Herausforderung, in: WSI-Mitteilungen 58 (5), S. 250–258, https://www.boeckler.de/wsimit_2005_05_dorre.pdf
- Dörre, K./ Bose, S./ Lütten, J./ Köster, J.** (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Motive und Grenzen einer imaginären Revolte, in: Berliner Journal für Soziologie 28 (1–2), S. 55–90
- Dörre, K./ Goes, T./ Schmalz, S./ Thiel, M.** (2017): Streikrepublik Deutschland? Die Erneuerung der Gewerkschaften in Ost und West, Frankfurt a. M./ New York
- Eribon, D.** (2016): Rückkehr nach Reims, Berlin
- Evans, G./ Tilley, J.** (2017): The new politics of class. The political exclusion of the British working class, Oxford
- Goodwyn, L.** (1978): The populist moment. A short history of the agrarian revolt in America, Oxford
- Hall, S.** (1989): Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus, Hamburg
- Heitmeyer, W.** (2018): Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung, Berlin
- Hochschild, A. R.** (2016): Strangers in their own land. A journey to the heart of our political divide, New York
- Hochschild, A. R.** (2017): „Linke müssen erkennen, dass sie sich selbst ins Abseits gestellt haben“, in: Ruhrbarone, 12. Dezember 2017, <https://www.ruhrbarone.de/linke-muessen-erkennen-dass-sie-sich-selbst-ins-abseits-gestellt-haben/149955> (letzter Zugriff: 11.03.2019)
- Hochschild, A. R.** (2018): Warum Trump? Fremd in ihrem Land. Interview mit Arlie Russel Hochschild, in: Becker, K./ Dörre, K./ Reif-Spirek, P. (Hrsg.): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt a. M./ New York, S. 25–33
- Höcke, B.** (2017): Die neue soziale Frage. Rede in Schweinfurt am 28.04.2016, dokumentiert auf der Facebook-Seite von Höcke (letzter Zugriff: 18.04.2018)
- Kaelble, H.** (2017): Mehr Reichtum, mehr Armut. Soziale Ungleichheit in Europa vom 20. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M./ New York
- Kaiser, B./ de Benoist, A./ Fusaro, D.** (2018): Marx von rechts, Dresden
- Kubitschek, G.** (2018): Markenimitate, Kronjuwelen – Seehofer, Wagenknecht. 17th June 2018, <https://sezession.de/58674/markenimitate-kronjuwelen-seehofer-wagenknecht> (letzter Zugriff: 05.03.2019)
- van der Linden, M.** (2017): Workers of the world. Eine Globalgeschichte der Arbeit, Frankfurt a. M./ New York
- Müller, J.-W.** (2016): Was ist Populismus? Ein Essay, Berlin
- Polanyi, K.** (1995 [1944]): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a. M.
- Richards, S.** (2016): Take back control – the slogan the left should make its own, in: The Guardian vom 19.06.2016, <https://www.theguardian.com/commentisfree/2016/dec/19/take-back-control-slogan-left-power-right-state-intervention> (letzter Zugriff: 05.03.2019)
- Schmidt, J.** (2015): Arbeiter in der Moderne. Arbeitsbedingungen, Lebenswelten, Organisationen, Frankfurt a. M./ New York
- Taguieff, P. A.** (1991): Die Metamorphosen des Rassismus und die Krise des Antirassismus, in: Bielefeld, U. (Hrsg.): Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?, Hamburg, S. 221–268
- Therborn, G.** (2012): Class in the 21st century, in: New Left Review 78 (6), S. 5–29

AUTOR

KLAUS DÖRRE, Dr. phil., Professor für Arbeits-, Wirtschafts- und Industrie-soziologie an der FSU Jena. Sprecher der DFG-Kollegforschungsgruppe „Landnahme, Beschleunigung, Aktivierung“. Co-Herausgeber des Berliner Journals für Soziologie sowie des Global Dialogue. Arbeitsschwerpunkte Kapitalismustheorie, neue Klassendiskussion, Rechtspopulismus.

 klaus.doerre@uni-jena.de